

Planzeichenerklärung

- 1. Art der baulichen Nutzung  
§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 11 bis 11 BauNVO  
SO "Sondergebiet für Versorgungsanlagen (Solaranlagen), Entsorgung, Freizeit und Umweltinformation" (§ 11 BauNVO)
- 2. Maß der baulichen Nutzung  
§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO  
GRZ 0,2 Grundflächenzahl  
II Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
- 3. Bauweise, Baugrenzen, Stellung der baulichen Anlagen  
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 und 23 BauNVO  
O Offene Bauweise  
Baugrenze  
Überbaubare Grundstücksfläche
- 4. Verkehrsflächen  
§ 9 Abs. 1 Nr. 11 u. Abs. 6 BauGB  
Straßenverkehrsflächen  
Privater Fußweg  
Privatweg  
Straßenbegrenzungslinie
- 5. Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen  
§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB  
unterirdisch  
Kanal  
Kanalflussrichtung
- 6. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft  
§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB  
Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft  
Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen  
Anpflanzen von Einzelbäumen  
Umgrenzung von Flächen zur Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen  
Erhaltung von Einzelbäumen  
Erhaltung von Sträuchern  
Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzrechts § 9 Abs. 6 BauGB  
Naturschutzgebiet - FFH - Gebiet und Vogelschutzgebiet
- 7. Sonstige Planzeichen  
Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen § 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB  
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes § 9 Abs. 7 BauGB  
Bestehende Gebäude  
Maßangabe in Metern  
Vorhandene Grundstücksgrenze  
Vorhandene Böschung  
Parzellennummer  
Fotovoltaikanlage

BEBAUUNGSPLAN  
"KALKSTEINBRUCH GERSHEIM"  
GEMEINDE GERSHEIM  
ORTSTEIL GERSHEIM - MITTE

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde in der Sitzung des Gemeinderates am 19. Juli 2005 beschlossen. Die Ausarbeitung des Bebauungsplanes erfolgte auf Antrag der Gemeinde Gersheim durch den Saarpfalz-Kreis, Amt für Planung und Regionalentwicklung.

**Rechtsgrundlagen**  
Kommunalsabstimmungsgesetz (KStVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtbl. S. 682) zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 1463 zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 24. Januar 2001 (Amtbl. des Saarlandes 2001 S.530); § 12 Gemeindegliedern

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 3 Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)

Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)

Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58)

Gesetz Nr. 1544 zur Neuordnung des Saarländischen Bauordnungs- und Baubereichsrechts vom 18. Februar 2004 in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 2004 (Amtbl. S. 822) zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 6 des Gesetzes zur Neuordnung des saarländischen Denkmalrechts vom 19. Mai 2004 (Amtbl. S. 1498)

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG 2002)) vom 25. März 2002, BGBl. I S. 1193, zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes zur Beschleunigung von Planungsvorhaben für Infrastrukturvorhaben vom 9. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2833)

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Einführung einer Biokraftstoffquote durch Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und zur Änderung energie- und stromsteuerrechtlicher Vorschriften (Biokraftstoffquotengesetz-BiokraftQuG) vom 18. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3180)

Gesetz Nr. 1592 zur Neuordnung des Saarländischen Naturschutzrechts vom 5. April 2006 in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juni 2006 (Amtbl. S. 726)

Saarländisches Wassergesetz (SWG) vom 30. Juli 2004 in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September 2004 (Amtbl. S. 1994)

Gesetz zum Schutz des Bodens im Saarland (Saarländisches Bodenschutzgesetz - SBodSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. März 2002 (Amtbl. S. 990)

Gesetz Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalrechts vom 19. Mai 2004 in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Juli 2004 (Amtbl. S. 1498)

Gesetz zur Änderung des Landeswaldgesetzes vom 9. Juli 2003 (Amtsblatt des Saarlandes vom 7. August 2003 S. 2130)

Landesentwicklungsplan, Teilschnitt "Umwelt (Vorsorge für Flächennutzung, Umweltschutz und Infrastruktur)" vom 13. Juli 2004 in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juli 2004 (Amtbl. S. 1574)

Landesentwicklungsplan, Teilschnitt "Siedlung" vom 4. Juli 2006 in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 2006 (Amtbl. S. 962)

**Textliche Festsetzungen**  
**A. Bauplanungsrechtliche Festsetzungen**  
1. Art der baulichen Nutzung  
"Sondergebiet für Versorgungsanlagen (Solaranlagen), Entsorgung, Freizeit und Umweltinformation" (§ 11 BauNVO)  
Zulässige Anlagen:  
Zulässig sind Anlagen zum Betrieb eines Fotovoltaikkraftwerkes, Büro-, Verwaltungs- und Ausstellungsgebäude, kleinere Werkstattgebäude, ein Wertstoff- und Biomassehof, ein Zeitplatz mit Sanitärräumen, eine Erlebnisgärtnerei, ein Schausteinbruch sowie Einrichtungen zur Ver- und Entsorgung des Gebietes und Nebenanlagen. Stellplätze und Garagen sind nur für den durch die zugelassene Nutzung verursachten Bedarf zulässig.

**6. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft**  
**Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft**  
Die Solarmodule werden auf die vorhandenen Kalkschotterflächen gestellt. Die zwischen den einzelnen Solarmodulen sich einstellende magere Grünland- und Grasflurvegetation ist zu erhalten und zu pflegen. Teile der ehemaligen Betriebsfläche gehen in Sukzession über. Dieser Umstand ist durch geeignete Pflegemaßnahmen zu unterstützen.

**Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen**  
Die im Plan festgesetzten Flächen sind naturnah zu bepflanzen.  
Dabei sind insbesondere folgende Arten zu verwenden:  
Feldahorn (Acer campestre)  
Hainbuche (Corylus avellana)  
Roter Hartriegel (Cornus sanguinea)  
Schlehe (Prunus spinosa)  
Holunder (Sambucus nigra)  
Schneeball (Viburnum lantana)  
Pro m² festgesetzter Fläche ist ein Strauch zu pflanzen.

**Anpflanzung von Einzelbäumen**  
Im Eingangsbereich sowie am Rande des geplanten Wertstoffhofes sind großkronige Laubbäume zu pflanzen. Es sind insbesondere folgende Sorten zu verwenden:  
Eschen  
Spitzahorn  
Stieleichen

**Umgrenzung von Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen**  
Die auf diesen Flächen vorhandenen Bäume und Sträucher sind durch regelmäßige Pflegemaßnahmen zu sichern. Evtl. abgängige Gehölze sind durch Arten aus o. a. Listen zu ersetzen.

**Erhaltung von Einzelbäumen und einzelnen Sträuchern**  
Die mit Erhaltungsgebot belegten Einzelbäume sind bei evtl. Bauarbeiten durch geeignete Maßnahmen nach DIN zu schützen. Evtl. abgängige Gehölze sind durch Arten aus o. a. Listen zu ersetzen.

**B) Festsetzungen über die Höhenlage der baulichen Anlagen**  
§ 9 Abs. 2 BauGB  
Die Höhenlage baulicher Anlagen wird durch die Gemeinde örtlich angegeben.

**C) Hinweise**  
1. Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind Munitionsfahrten nicht auszuschließen. Vorsorgliches Aussehen vor Beginn von Erdarbeiten ist gegeben.  
2. Bei Bodenfunden besteht Anzeigepflicht gemäß § 12 Abs. 1 des Saarländischen Denkmalschutzgesetzes (SDSchG).

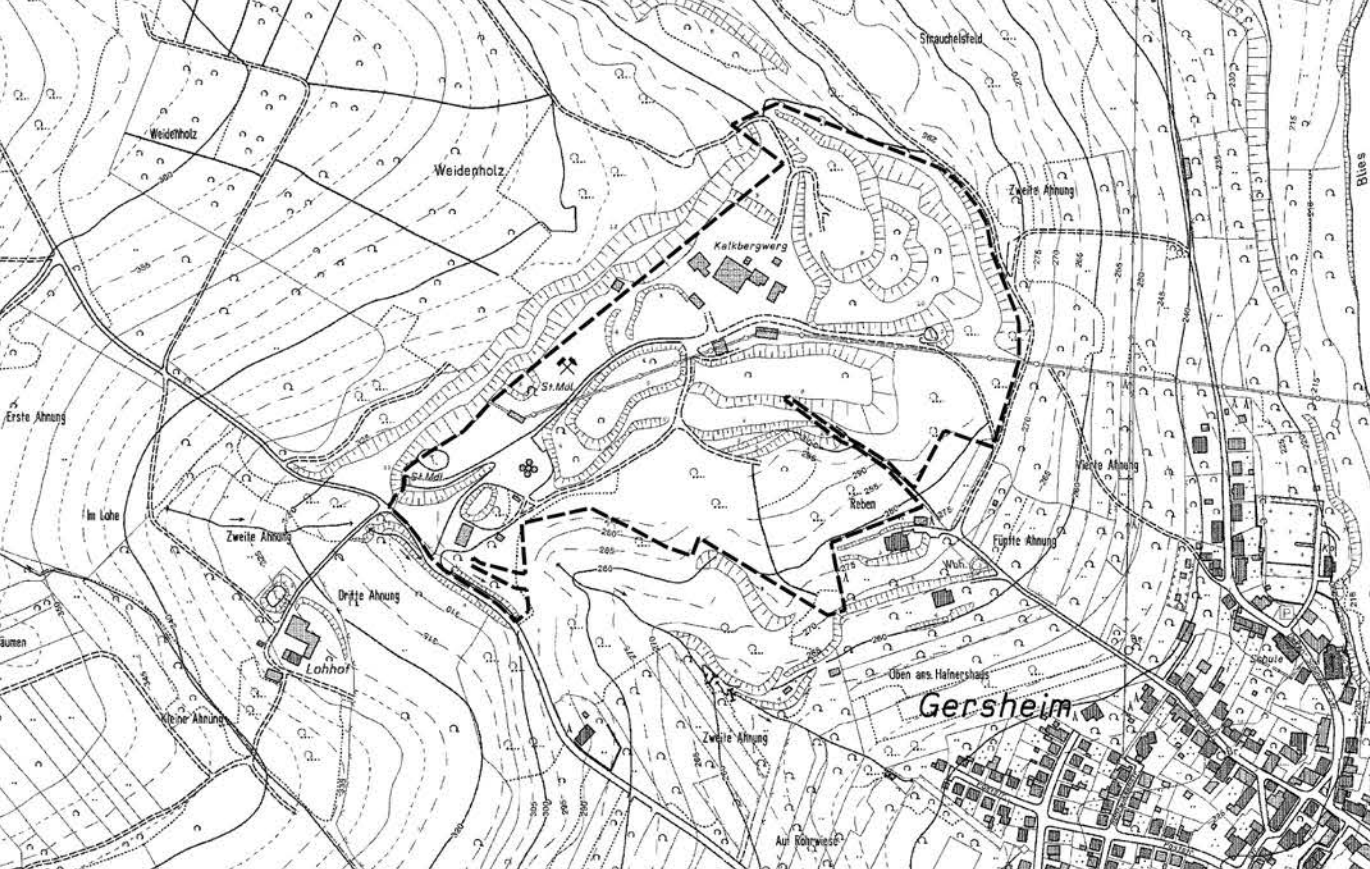
**Verfahrensvermerke**  
Die Aufstellung des Bebauungsplanes gemäß § 2 (1) BauGB wurde vom Gemeinderat Gersheim am 19.07.2005 beschlossen.  
Der Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes wurde gemäß § 2 (1) BauGB am 30.09.2005 ortsüblich bekannt gemacht.  
Das Ministerium für Umwelt wurde gemäß § 1 (4) BauGB mit Schreiben vom 12.06.2007 an der Bauleitplanung beteiligt.  
Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an der Planung gemäß § 3 (1) BauGB wurde in der Zeit vom 18.06.2007 bis 25.06.2007 durchgeführt.  
Die von der Planung in ihrem Aufgabenbereich berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 (1) BauGB über die Planung mit Schreiben vom 12.06.2007 unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.  
Gersheim, den 23.07.2007

gez. Kruft  
Bürgermeister  
Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 13.11.2007 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.  
Die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes wurde gemäß § 3 (2) BauGB am 30.11.2007 ortsüblich bekannt gemacht mit dem Hinweis darauf, dass Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können.  
Eine gesonderte Umweltverträglichkeitsprüfung wurde bei dem vorliegenden Bebauungsplan nicht durchgeführt.  
Die nach § 4 (1) Beteiligten wurden mit Schreiben vom 30.11.2007 von der Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB benachrichtigt.  
Der Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung hat gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich ausgelegt vom 10.12.2007 bis 11.01.2008 einschließlich.  
Während der Auslegung gingen keine Anregungen ein.  
Die vom Gemeinderat gemäß § 3 (2) BauGB am 30.11.2007 vorgebrachten Anregungen sind mit Schreiben vom 10.12.2007 mitgeteilt.  
Der Entwurf des Bebauungsplanes ist nach der Auslegung geändert worden. Dabei hat der Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung in der Zeit vom 10.12.2007 bis 11.01.2008 öffentlich erneut ausgelegt.  
Dabei ist bestimmt worden, dass Anregungen, die zu den geänderten Teilen vorgebracht werden können und die Dauer der Auslegung auf zwei Wochen verkürzt wird.  
Die erneute Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist geltend gemacht werden können, am 10.12.2007 ortsüblich bekannt gemacht worden.

Der Gemeinderat hat den Bebauungsplan (Planzeichnung, Zeichenerklärung, Textfassung und örtliche Bauvorschriften) gemäß § 10 (1) BauGB in der Sitzung am 11.03.2008 als Satzung beschlossen und den Inhalt der Begründung gebilligt.  
Gersheim, den 04.04.2008  
gez. Kruft  
Bürgermeister

Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung und dem Text, wird hiermit ausgeteilt.  
Gersheim, den 09.05.2008  
gez. Kruft  
Bürgermeister

Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes durch den Gemeinderat wurde gemäß § 10 (3) BauGB am 16.05.2008 ortsüblich bekannt gemacht, mit dem Hinweis darauf, wo der Bebauungsplan mit Begründung von jedermann eingesehen werden kann. Mit der Bekanntmachung treten der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften in Kraft.  
Gersheim, den 19.05.2008  
gez. Kruft  
Bürgermeister



Bebauungsplan  
"Kalksteinbruch Gersheim"  
Gemeinde Gersheim  
Ortsteil Gersheim - Mitte

**Auftraggeber:**

Gemeinde Gersheim  
Blumenstraße 19 A  
66453 Gersheim  
Tel. (06843) 801-0  
Fax. (06843) 801-38  
e-mail: GemeindeGersheim@online.de

**Auftraggeber:**

Kreisverwaltung Homburg  
Am Forum 1  
66264 Homburg  
Tel. (06841) 104-403  
Fax. (06841) 104-493  
e-mail: KStV@Saarpfalz-Kreis.de

**Bearbeitet von:**

Wolfram Blind  
Christoph Bräuer  
Alexandra Mohr

Amt für Planung und Regionalentwicklung

Maßstab 1 : 1000

Stand 30.04.2007